Anlage I

Stadt Bielefeld Der Oberbürgermeister

15. Änderungssatzung

zur Satzung über die Kostendeckung der Abfallentsorgung in der Stadt Bielefeld vom 19. Dezember 1997

vom . Dezember 2016

Aufgrund der §§ 7 und 41 Abs. 1 Satz 2 Buchstabe f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666/SGV. NRW. 2023), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. Juni 2015 (GV. NRW. S. 496), des Gesetzes zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz - KrWG) vom 24. Februar 2012 (BGBI. I S. 212), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 4. April 2016 (BGBI. I S. 569), des Landesabfallgesetzes vom 21. Juni 1988 - LAbfG (GV. NW. S. 250/SGV. NRW. 74), zuletzt geändert durch Artikel 27 des Gesetzes vom 8. Juli 2016 (GV. NRW. S. 559) sowie der §§ 4, 6 und 20 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG NRW) vom 21. Oktober 1969 (SGV. NRW 610/GV. NW. S. 712), zuletzt geändert durch Artikel 2 Absatz 8 des Gesetzes vom 8. September 2015 (GV. NRW. S. 666) hat der Rat der Stadt Bielefeld in seiner Sitzung am 8. Dezember 2016 folgende Änderungssatzung beschlossen:

Artikel I

Die Satzung über die Kostendeckung der Abfallentsorgung in der Stadt Bielefeld vom 19. Dezember 1997, zuletzt geändert durch Satzung vom 14. Dezember 2015, wird wie folgt geändert:

- 1.§ 2 Abs. 1 erhält folgende Fassung:
- (1) "Die Benutzungsgebühren werden nach der Anzahl und Größe der Abfallbehälter und nach der Häufigkeit der Abfuhren berechnet.

Schreibt die Stadt Bielefeld für ein Grundstück die Verwendung von ausgegebenen Abfallsäcken (§ 8 Abs. 5 / § 12 Abs. 5 der Satzung über die Vermeidung und Entsorgung von Abfällen in der Stadt Bielefeld = AES) anstatt von Abfallbehältern vor, gelten analog die Benutzungsgebühren der nachfolgenden Absätze (2) bis (6) für die von der Stadt ausgegebenen Abfallsäcke entsprechend dem für das Grundstück ermittelten Abfallvolumen (§ 9 AES).

lst die Nutzung eines zentralen Abfallsammelplatzes festgelegt (§ 8 Abs. 6 AES), werden Benutzungsgebühren für den auf dem angeschlossenen Grundstück bzw. der zugrunde liegenden wirtschaftlichen Einheit anfallenden Abfall nach dem ermittelten Abfallvolumen (§ 9 AES) analog der nach den nachfolgenden Absätzen (2) und (3) anzusetzenden Behältergrößen berechnet."

§ 2 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

"(2) Die Gebühren für die Restmüllbehälter betragen pro Monat bei wöchentlich einmaliger Abfuhr

| a) | für einen 120 L Großraumbehälter mit einem 60 L Einsatz | 10,06 € |
|----|--|-----------|
| b) | für einen 120 L Großraumbehälter | 20,12 € |
| c) | für einen 240 L Großraumbehälter | 40,24 € |
| d) | für einen 660 L Großraumbehälter | 110,66 € |
| e) | für einen 1.100 L Großraumbehälter im Privateigentum | 180,31 € |
| f) | für einen 1.100 L Großraumbehälter im städtischen Eigentum | 184,44 € |
| g) | für einen 2.500 L Großraumbehälter | 419,17€ |
| h) | für einen 5.000 L Großraumbehälter | 838,34 €" |

3.

§ 2 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

"(3) Die Gebühren für die Restmüllbehälter betragen pro Monat bei 14-täglicher Abfuhr

| a) | für einen 120 L Großraumbehälter mit einem 60 L Einsatz | 5,03 € |
|----|--|-----------|
| b) | für einen 120 L Großraumbehälter | 10,06 € |
| c) | für einen 240 L Großraumbehälter | 20,12 € |
| d) | für einen 660 L Großraumbehälter | 55,33 € |
| e) | für einen 1.100 L Großraumbehälter im Privateigentum | 88,08 € |
| f) | für einen 1.100 L Großraumbehälter im städtischen Eigentum | 92,22 € |
| g) | für einen 2.500 L Großraumbehälter | 209,59 € |
| h) | für einen 5.000 L Großraumbehälter | 419,17 €" |

4.

§ 2 Abs. 7 erhält folgende Fassung:

"(7) Die Gebühren für Papiertonnen (zur getrennten Sammlung von Papier und Pappe aus Haushaltungen) betragen pro Monat bei wöchentlich einmaliger Abfuhr

| - | a) | für einen 660 L Großraumbehälter | 15,65 € |
|---|----|------------------------------------|----------|
| | b) | für einen 1.100 L Großraumbehälter | 17,89 €" |

5.

§ 2 Abs. 8 erhält folgende Fassung:

"(8) Die Gebühren setzen sich bei Verwendung von Absetz- und Pressmulden für Restmüll aus Transport-, Entsorgungskosten- und Gestellungskosten zusammen

| a) | Die Transportkosten betragen je Entleerung | 86,17 € |
|----|--|----------|
| b) | Die Entsorgungskosten betragen je Tonne | 103,57 € |
| c) | Die Gestellungskosten für eine Pressmulde 10 m³ betragen pro Monat | 158,32 € |
| d) | Die Gestellungskosten für eine Absetzmulde 4 – 10 m³ offen betragen pro Monat | 25,93 € |
| e) | Die Gestellungskosten für eine Absetzmulde 4 – 10 m³ geschlossen betragen pro Monat | 28,55 € |
| f) | Die Gestellungskosten für einen Abrollcontainer 33 m ³ betragen pro Monat | 68,48 € |

Artikel II

Diese Änderungssatzung tritt am 01. Januar 2017 in Kraft.

Die vorstehende Satzung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird zugleich darauf hingewiesen, dass die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann. Dies gilt nicht wenn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren nicht durchgeführt wurde,
- b) die Satzung nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden ist,
- c) der Oberbürgermeister den Ratsbeschluss vorher beanstandet hat oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel gegenüber der Stadt Bielefeld vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden sind, die den Mangel ergeben.

Bielefeld, den Dezember 2016

gez. Clausen, Oberbürgermeister